

4460/J XX.GP

der Abgeordneten Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde
an den Bundeskanzler

betreffend versäumte Maßnahmen und verbleibender Möglichkeiten der Bundesregierung gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Mochovce in der Slowakei
Mochovce zeigt auf drastische Weise, wie tief Österreichs Anti - Atompolitik in der Krise steckt. Wenige Tage vor der geplanten Aktivierung der Brennelemente, also dem ersten Schritt zur Inbetriebnahme des Reaktorblockes 1 bricht, unter Assistenz engagierter Medien, in den Reihen der Bundesregierung hektik aus. Diese erfahrungsgemäß temporären Maßnahmen sind als Feuerwehraktion einzuschätzen, und Inhalt, Vorgangsweise und Umfang der Aktivitäten lassen gravierende Defizite erkennen, und erfordern gerade in dieser Situation eine kritische Analyse sowie rasche Konsequenzen.

Daß Mochovce etwa zu diesem Zeitpunkt in Betrieb genommen werden soll, ist seit dem Einstieg des deutsch - französischen Firmenkonsortiums Siemens/Framatome in die Fertigstellung bekannt. Daß die Aktivierung eher überstürzt noch vor den Parlamentswahlen in der Slowakei erfolgen soll, ist zumindest seit einigen Monaten bekannt. Als die Grünen am 16. April darauf aufmerksam machten, daß laut Anfragebeantwortung aus dem deutschen Bundestag mit einer Netzschaltung noch im Juni zu rechnen sei, war die empörte Reaktion von Ministerin Prammer - in Richtung der Grünen - , daß es sich dabei nachweislich um einen Druckfehler handle.

Aber das Projekt Mochovce und der Widerstand dagegen haben eine längere Geschichte. Immer wieder - speziell vor Wahlen - wurden von der Bundesregierung teils plakative Aktivitäten eingeleitet. Der Höhepunkt der österreichischen Kritik am Reaktorprojekt wurde 1994/95 erreicht, als 1,2 Millionen Österreicherinnen im Rahmen der damals geplanten Kreditvergabe durch die EBRD/EIB Einwendungen erhoben. Politisches Lobbying in Brüssel, Straßburg und London wurde betrieben, mit dem Ergebnis, daß sowohl EU als auch EBRD von einer Finanzierung der Fertigstellung Abstand nahmen. Ab diesem Zeitpunkt kam es zu einer Wende. Die damaligen grundsätzlichen inhaltlichen Argumente gegen Mochovce sind scheinbar in Vergessenheit geraten, ein politisches Maßnahmenkonzept, wie auch im Sinne der Parlamentsbeschlüsse Richtung gesamteuropäischer Finanzierung eines Ersatzprojektes vorgegangen werden hätte können, wurde nicht erstellt.

Noch 1994 war die offizielle Position der Bundesregierung zum Reaktortyp WWER 440, daß dieser aus technischen Gründen und unter wirtschaftlichen Aspekten nicht nachrüstbar sei,

also abgelehnt wird. Im Bericht zum „Walkdown 1“ der internationalen Expertenkommission, der der Bundesregierung seit November 1995 vorliegt, und August 1997 veröffentlicht wurde, heißt es völlig eindeutig in der Zusammenfassung, S. 9: „Auch wenn man einige notwendige Anpassungen und Sicherheitsverbesserungen in Betracht zieht, wird aufgrund dieses Designs das AKW Mochovce den westlichen Standards nicht genügen. Es würde auch nicht den jüngsten russischen Vorschriften genügen.“ Im Kapitel 1, 1 - 25 heißt es: „Es wäre ökonomisch sinnvoll, das existierende Kraftwerk zu verschrotten und stattdessen ein neues Kraftwerk mit verbessertem Design zu bauen, - sowohl vom Standpunkt der Betriebsverlässlichkeit als auch aus Sicherheitsgründen.“ Auch wurden das fehlende - im nachhinein nicht mehr errichtbare - Containment, die Abwesenheit der russischen Hauptkonstrukteure unter anderem als Argumente für eine generelle Ablehnung des Reaktors hergenommen. Der Sicherheitsstandard und damit das Gefährdungspotential für Österreich galt grundsätzlich als inakzeptabel. Mit dieser Position wurde mehrmals gebrochen. Mittlerweile führt Österreich eine Diskussion über Änderungsmaßnahmen am Reaktordruckbehälter, die, selbst wenn sie durchgeführt würden, nicht die seinerzeit grundsätzlich angeführten Sicherheitsdefizite betreffen oder gar abändern würden. Aus von den Grünen vorgelegten internen jährlichen Prüfberichten geht zudem hervor, daß sogar die slowakische Atombehörde in Mochovce gravierende Sicherheitsmängel attestiert. Über Jahre kam es zu groben Mängeln bei Qualitätskontrolle beim Einbau relevanter AKW - Komponenten und bei Schweißnähten. Unzählige versteckte, unbehebbar Risikoquellen sind die Folge, und machen die Netzschaltung zu einem makabren Abenteuer mit ungewissem Ausgang.

Die neuerliche Arbeit der Expertenkommission - deren Qualifikation freilich über jeden Zweifel erhaben ist - diene der Politik als Alibimaßnahme, und nicht als Begleitung für politische Aktivitäten im Sinne der ablehnenden Position zu Mochovce. Hätte Österreich in den letzten 3 Jahren konsequent an seiner Politik festgehalten, mit der Slowakischen Republik und auf EU - Ebene über Ausstiegskonzepte und Finanzierungsinstrumente verhandelt - das Ergebnis hätte jedenfalls kein schlechteres sein können, als das nunmehr bekannte mit der unmittelbar bevorstehenden Aktivierung und einem angespannten bilateralen Gesprächsklima mit der Slowakei.

Machbare Alternativen, vom Gas - Dampf - Kraftwerk bis zur Nutzung des Kraft - Wärme - Potentials waren laut bilateral ausgearbeiteten Studien bekannt, zeitlich wäre eine Realisierung innerhalb der vergangenen 3 Jahre möglich gewesen. Das Investitionsvolumen wäre jedenfalls unter den Fertigstellungskosten gelegen. Etwa 2,5 Mrd Schilling würde eine Substitution durch ein Gas - Dampfkraftwerk erfordern, wie eine vergleichbare Referenzanlage in Bratislava zeigt. Eine vernachlässigbare Größe, bedenkt man, daß beispielsweise das österreichische NATO - Panzerpaket rund 11,5 Mrd öS umfaßt, oder etwa der EU - Euratom-Fonds ein Kreditvolumen von 50 Milliarden öS beinhaltet.

Österreich hat sich mit seiner Argumentation, bei Erfüllung bestimmter Maßnahmen werde Mochovce akzeptiert, zumal damit angeblich auch Bohuncic abgeschaltet werden solle, in eine strategische Sackgasse manövriert, entscheidenden Verhandlungsspielraum und damit den Kern seiner früheren Anti - Atompolitik freiwillig entsorgt. Erst die gestrige Aussage des Sprechers des slowakischen Außenministeriums in der ZiB 2 war bezeichnend. Es gehe zwar eine anderslautende Abmachung, aber Bohunice werde aufgrund der Millioneninvestitionen für Restrukturierungsmaßnahmen noch einige Jahre in Betrieb bleiben. Auch diese Information liegt seit Jahren - trotz teilweiser Dementis aus der Slowakei - vor.

Doch auch Widerstand gegen die nunmehrige Form der Fertigstellungsfinanzierung wäre jenseits der bilateralen Ebene möglich gewesen. Immerhin werden die Lieferungen des deutsch - französischen Mochovce - Konsortiums durch staatliche Kreditgarantien in Höhe dreistelliger Millionenbeträge besichert. Österreich hat nicht einmal einen kleinen Bruchteil der Aktivitäten, die gegen die Vergabe des EBRD/ETB - Kredites gesetzt wurden, gegenüber Deutschland und/oder Frankreich angewandt.

Ungeachtet der Versäumnisse der letzten Jahre und der Aufgabe der ablehnenden Haltung Österreichs, die noch vor wenigen Jahren als unverrückbar galt und ein offensives Auftreten bei gleichzeitigem Verhandlungsspielraum ermöglichte -, sind auch kurzfristig noch nicht alle Möglichkeiten gegen die Aktivierung der Brennelemente bzw. die Inbetriebnahme des Reaktors ausgeschöpft.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende Anfrage:

1. Haben Sie seit Bekanntwerden des Termines zur Aktivierung der Brennelemente von Block I des KKW Mochovce bereits direkten Kontakt mit den Staats - und Regierungschefs Frankreichs und Deutschlands aufgenommen, um die ablehnende österreichische Position zur Inbetriebnahme des KKW Mochovce und den Protest gegen die Beteiligung beider Länder an der Fertigstellung des KKW Mochovce (in Form staatlicher Kreditgarantien) zum Ausdruck zu bringen?
2. Haben Sie persönlich gegenüber den Staats - und Regierungschefs dieser beiden Länder um Kooperation ersucht, um mit der Slowakei über eine Nachdenkpause in Sachen Mochovce zu verhandeln, binnen der auf multilateraler Ebene Machbarkeit und Finanzierung eines nicht nuklearen Ersatzes für das KKW geprüft werden könnten?
3. Haben Vertreter der Bundesregierung bereits Kontakt mit den deutschen bzw. französischen Unternehmen Siemens und Framatome (Konsortium "EUROM") aufgenommen, und die ablehnende österreichische Position zur Inbetriebnahme des KKW Mochovce unter Hinweis auf die Nichtgenehmigungsfähigkeit des Reaktors in Deutschland bzw. Frankreich mitgeteilt?
4. Haben Sie bereits direkt mit dem EU - Kommissionspräsidenten Kontakt aufgenommen, die ablehnende Position Österreichs dargestellt, und um Unterstützung bezüglich Verhandlungen für Nachdenkpause und Ersatzkonzept ersucht, oder scheint Ihnen die gestrige Kontaktaufnahme des Außenministers auf Ratsebene unter Hinweis auf die Akzeptanz von Mochovce bei Erreichen eines "höheren" Sicherheitsstandards - als ausreichend im Sinne der ursprünglichen österreichischen Zielsetzung einer Nichtinbetriebnahme des KKW?
5. Haben Vertreter der Bundesregierung bereits Kontakt mit den Vorsitzenden relevanter Oppositionsparteien der Slowakei, Deutschlands und Frankreichs aufgenommen, um die österreichische Position bezüglich Nichtinbetriebnahme von Mochovce und Realisierung eines Ersatzprojektes darzustellen?

6. Wann werden Sie die Länder, die das Ende 1996 in Kraft getretene völkerrechtliche „Übereinkommen über nukleare Sicherheit“ bereits ratifiziert haben, kontaktieren, um darauf hinzuweisen, daß Mochovce resp. dessen Inbetriebnahme in Widerspruch zu den Artikeln 11, 14, 16, 17, 18 und 19 des Übereinkommens steht, und entsprechende kurzfristige Konsultationen einerseits vorschlagen sowie für die Einberufung einer „Außerordentlichen Tagung“ gemäß Artikel 23 eintreten, oder teilen Sie nicht die Position des Außenpolitischen Ausschusses in seinem Bericht vom 1. Juli 1997 zur entsprechenden Regierungsvorlage, wonach „Nachbarstaaten, wie Österreich, die selbst keine Kernkraftwerke betreiben, durch das Abkommen zusätzliche Möglichkeiten der Information und Mitsprache erhalten“?
7. Hat die Bundesregierung bereits mit den sog. „like - minded - countries“ zwecks Umsetzung gemeinsamer diplomatischer Aktivitäten im Sinne der Ablehnung des KKW Mochovce Kontakt aufgenommen?
8. Haben Sie zur Koordination der laufenden Aktivitäten in den verbleibenden Tagen vor der geplanten Aktivierung der Brennelemente in Mochovce und zur Entwicklung und Umsetzung eines Aktionsplanes der Bundesregierung einen Beraterstab eingerichtet, bzw. welche konkreten Aktivitäten seitens der Bundesregierung sind für diese Woche noch geplant?
9. Sehen Sie, gemessen am Umstand der nun drohenden Aktivierung des KKW Mochovce und des gespannten Gesprächsklimas mit der Slowakei, noch einen Vorteil darin, daß die Bundesregierung einen inhaltlichen Schwenk in der Anti - Atompolitik vollzogen hat, und statt einer EU - weiten Debatte über Umsetzung und Finanzierung von Ausstiegskonzepten nunmehr die Frage der Erreichbarkeit (ohnedies nicht definierter) „westlicher“ AKW - Sicherheitsstandards in den Mittelpunkt stellt?
10. Im „Atompaket“ der Bundesregierung vom 13. November 1997 heißt es unter Punkt 6., daß „auf Basis der Entschließung des Nationalrates vom 10. Juli 1997 im Rahmen der bevorstehenden EU - Beitrittsverhandlungen mit MOE - Staaten verbindlich für die Erstellung von Atomausstiegskonzepten“ eingetreten werde und entsprechende Aktivitäten gesetzt würden. Im „Vorentwurf für das Programm der österreichischen EU - Präsidentschaft 1998“ vom 8.4. 1998, 18.00 Uhr, heißt es hingegen im Kapitel „Energie“ (S. 15): „Der österreichische Vorsitz wird weiters dem Ziel eines hohen Niveaus nuklearer Sicherheit - nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Erweiterung - besondere Beachtung schenken“. Warum wird plötzlich das (öffentlich dargestellte) Ansinnen der Bundesregierung in Richtung „Atomausstiegskonzepte“ durch die (interne) Zielsetzung „hohes Niveau nuklearer Sicherheit“ ersetzt, wo doch gerade Mochovce zeigt, daß diese Argumentationslinie jedenfalls keinen Vorteil bringt?
11. Das 1995 gestoppte Vorhaben, Mochovce mittels EBRD - und EIB - Krediten zu finanzieren, beinhaltet im Vergleich zum aktuell realisierten Projekt höhere Investitionen in „Sicherheitsmaßnahmen“. Zum damaligen Zeitpunkt war die Position der Bundesregierung daß dieser Reaktortyp aus technischen Gründen und unter wirtschaftlichen Aspekten praktisch nicht nachrüstbar ist, eine ausführliche Studie der internationalen Expertenkommission belegte dies aus wissenschaftlicher Sicht im Jahr 1995 eindrucksvoll. Das Projekt wurde aufgrund einer Reihe von grundsätzlichen, irreversiblen Sicherheitsdefiziten, etwa das fehlende, nachträglich nicht mehr errichtbare Containment, als inakzeptabel abgelehnt. Warum ist die Bundesregierung von dieser

grundsätzlichen Position abgerückt, obwohl faktisch keine Zustandsänderung bei den konstruktiven Sicherheitsdefiziten des Mochovce - Reaktortyps eintreten kann, ja sogar immer neue Mängel und Risikofaktoren bekannt werden?

12. Anhand eines realisierten Referenzprojektes in Bratislava läßt sich ermitteln, daß die Substituierung der 440 MW des Block 1 von Mochovce bei einer Bauzeit von rund 18 Monaten rund 2,5 Milliarden Schilling kosten würde (alleine die Kosten für die Sanierung des Reaktordruckbehälters, durch die noch keine der zuvor bekannten Sicherheitsdefizite des Reaktors behoben wäre, wird mit rund 1 Milliarde angegeben). Aus einer Studie der Energieverwertungsagentur (E.V.A), die im Dezember 1996 veröffentlicht wurde, geht hervor, daß das ungenutzte Kraft - Wärme - Kopplungs -Potential in der Slowakei bei 1.200 MW, also dem rund dreifachen des Block 1 Mochovce liegt. Wem gegenüber in der Slowakei und auf Ebene der EU hat die Bundesregierung seit der Entscheidung gegen die EBRD/EIB - Finanzierung von Mochovce 1995 diese Fakten in Gesprächen über ein Atomausstiegskonzept dargelegt, und Schritte zur Realisierung dieser Alternativvarianten vorgeschlagen bzw. verhandelt?

13. Welche Konsequenzen für weitere Aktivitäten zieht die Bundesregierung aus den aktuellen Vorkommnissen im Zusammenhang mit der ebenfalls in den nächsten beiden Jahren drohenden Inbetriebnahme von Block 11 des KKW Mochovce?

14. Die österreichische Akzeptanz der Inbetriebnahme von Block 1 des KKW Mochovce in folge (maximal kosmetischer) Sicherheitsnachbesserungen hätte katastrophale Auswirkungen auf die Argumentation gegenüber der Republik Tschechien in Sachen Temelin. Immerhin erfüllt Temelin (bei vielen anderen grundlegenden Defiziten) durch das dort vorhandene Containment ein Sicherheitskriterium, das bei Mochovce nicht erfüllbar ist. Werden Sie gegenüber Tschechien nun ebenfalls die Akzeptanz bestimmter Sicherheitsstandards, und damit letztlich des KKW insgesamt, in den Vordergrund stellen, oder im Sinne der früheren Anti - Atompolitik für die Realisierung eines Alternativprojektes auch im Rahmen der EU - Beitrittsgespräche eintreten?

In formeller Hinsicht wird die dringliche Behandlung dieser Anfrage unter Verweis auf § 93 Abs. 2 GOG verlangt.